

Höhere Aufklärungsquote

Im Jahr 2013 wurden in Österreich 11.199 Cybercrime-Fälle angezeigt, um 8,6 Prozent mehr als 2012. Die Aufklärungsquote stieg von 27,2 auf 40,7 Prozent.

Im Jahr 2013 gab es in vier Fünftel der Haushalte in Österreich einen Internetzugang. 83 Prozent der Bewohner besaßen einen Computer, ein Tablet und/oder ein Smartphone; in der Altersgruppe der 16- bis 24-Jährigen waren es 99 Prozent.

Die intensive Internet-Nutzung hat auch Auswirkungen auf das Kriminalitätsgeschehen. Die Internetkriminalität hat in den letzten Jahren zugenommen, 2013 jedoch nicht mehr so stark wie in den Jahren davor. Von 2011 auf 2012 hatte es in

Österreich noch eine Steigerung der Zahl der Anzeigen um 110 Prozent gegeben. Im Jahr 2013 wurden 11.199 Cybercrime-Fälle angezeigt, um 8,6 Prozent mehr als 2012. Die Aufklärungsquote stieg von 27,2 auf 40,7 Prozent.

In der Meldestelle des *Cybercrime-Competence-Centers (C⁴)* gehen täglich durchschnittlich 18 Meldungen von Bürgerinnen und Bürger ein.

„Cybercrime präsentiert sich heute als rein internationale Kriminalitätsform“, sagt General Franz Lang, Direktor des Bundeskriminalamtes. „Organisierte Tätergruppen verwenden modernste Technologien und verlegen die Tatorte von der echten in die virtuelle



„Polizeivirus“ von Computerkriminellen: Die intensive Internet-Nutzung hat auch Auswirkungen auf das Kriminalitätsgeschehen.

Welt.“ Durch die intensive Nutzung von sozialen Medien werden besonders junge Menschen immer häufiger Opfer von Cybercrime. „Die Motive für viele Cyberdelikte sind vor allem finanzielle Interessen sowie Langeweile und Geltungsdrang, beispielsweise bei jungen Hackern“, betont Lang.

Auch Unternehmen stehen vor neuen Herausforderungen, da moderne Wirtschaftskriminalität auch im Internet stattfindet. Finanztransaktionen werden verschleiert und Beweismittel in Sekundenbruchteilen vernichtet. Die Schäden für betroffene Unternehmen und Volkswirtschaften sind enorm.

Im Jahr 2013 wurden unter anderem folgende Trends festgestellt:

- Ungezielte Verteilung von Schadsoftware, ausgerichtet auf Identitätsdiebstahl.
- Einbringen von Schadsoftware beim Internetsurfen, um die Kontrolle über den jeweiligen Rechner zu erlangen.
- Gezieltes Hacken von Webservern, um Schadsoftware zu platzieren.
- Mehrstufige Angriffe mit unterschiedlichen Formen von Cybercrime.

Außerdem spezialisieren sich Cyberkriminelle immer stärker auf soziale Netzwerke und verwenden sie für Betrugsversuche oder um Schadsoftware zu verbreiten.

Prävention und Ausbildung. Im Projekt „Click & check“ wurden 2013 österreichweit 38.514 Kinder und Jugendliche über den sicheren Umgang mit Mobiltelefonen und Computern informiert. „Die Umsetzung der Cybersicherheitsstrategie und die Implementierung des Cybercrime-Competence-Centers im Bundeskriminalamt waren notwendige und richtige Weichenstellungen. Nun gilt es, die bereits erfolgte Ausbildungsoffensive mit Schulungen und Kooperationen fortzusetzen“, sagt Innenministerin Mag.a Johanna Mikl-Leitner.

www.bundeskriminalamt.at

EUROPAWAHL

Beobachter aus Tunesien

Von 25. bis 28. Mai 2014 befanden sich zwei Mitglieder der obersten tunesischen Wahlkommission (*Instance Supérieure Indépendante pour les Élections – ISIE*) in Wien, um als Angehörige eines OSZE-Teilnehmerstaates die Europawahl in Österreich mitzuvollziehen. Der Wahlkommission gehören neun Mitglieder an. Sie wurden am 8. Jänner 2014 vom Parlament mit

Zweidrittelmehrheit gewählt; ihnen kommt bei der Neuorganisation freier Wahlen in Tunesien nach der Revolution im Jahr 2011 eine besondere Rolle zu. Mourad Ben Moula, stellvertretender Vorsitzender der Wahlkommission, und Faouzia Drissi, Mitglied und Vertreterin der „Auslandstunesier“ in der Wahlbehörde, wurden als OSZE-Wahlbeobachter in Österreich akkreditiert und besuchten das BMI, nachgeordnete Wahlbehörden, das Bundes-

kanzleramt, Drucksorten-Provider und das Briefzentrum der *Österreichischen Post AG*. Bei der Bekanntgabe des vorläufigen Endergebnisses am Wahlsonntag, dem 25. Mai 2014, trafen die tunesischen Wahlbeobachter Innenministerin und Bundeswahlleiterin Mag.a Johanna Mikl-Leitner. In Tunesien müssen noch 2014 die Abgeordneten zum Parlament und der Staatspräsident neu gewählt werden. Derzeit wird ein neues Wählerregister aufgebaut. G. W.